

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/6680**

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft
und Gleichstellung | Postfach 70 61 | 24170 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Gesehen und weitergeleitet:
Kiel, 17.10.2016

Gez. Karin Reese-Cloosters

über das:

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

11. Oktober 2016

**Sitzung des Finanzausschusses am 08. September 2016;
Fragen der FDP-Fraktion zur Drucksache 18/4545 (neu)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die das MSGWG betreffenden Fragen beantworte ich wie folgt:

Assessment Center, Seite 18

Welche Stellen sollten besetzt werden?

Die Referatsleitungen VIII 24 (Sozialhilfe), VIII 43 (Gesetzliche Krankenversicherung/Prüfdienst; Maßregelvollzug, Psychiatrie; Krebsregister, Gesundheitsberichterstattung) und VIII 44 (Biomedizin, Transplantationswesen, Sucht, Prävention, Gesundheitsförderung und Medizinische Rehabilitation) waren nach zu besetzen. Die Bewerbungsunterlagen enthalten in diesen Fällen regelmäßig keine oder nur sehr begrenzt verwertbare Hinweise auf Führungsqualitäten. Vor diesem Hintergrund bietet ein Assessmentcenter

mit verschiedenen Übungen zum Führungsverhalten größtmögliche Sicherheit, um eine erfolgreiche und rechtssichere Auswahl treffen zu können.

Zu welchem Ergebnis führte das Personalbesetzungsverfahren?

Nach einem ausgewogenen Urteil konnten alle Stellen nachbesetzt werden.

Kommunikationsberatung, Seite 18

Welcher Mangel wurde durch die Kommunikationsberatung behoben?

Aufgrund des gestiegenen Medieninteresses am Thema Jugendhilfe wurde im MSGWG erwogen, eine strategische Beratung für die Kommunikation in Anspruch zu nehmen. Das Anliegen des MSGWG wurde mit dem genannten Unternehmen in Gesprächen erörtert. In diesem Rahmen wurde eine erste kommunikative Folgeabschätzung erstellt. Ein Beratungsvertrag wurde nach eingehender Erörterung dieser nicht abgeschlossen. Die entstandenen Aufwendungen des Unternehmens in Höhe von 3.213,00 € wurden erstattet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anette Langner
Staatssekretärin